

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 149. Ratssitzung vom 2. Juni 2021

4012. 2019/335

Postulat der SP- und Grüne-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 10.07.2019:

Verbot von Einwegplastik durch Anpassung der rechtlichen Grundlagen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Simone Brander (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1525/2019): *Mit diesem Postulat soll der Stadtrat beauftragt werden, dem Gemeinderat eine Weisung zur Anpassung der rechtlichen Grundlagen vorzulegen, damit Einwegplastik entweder verboten wird oder eine angemessen hohe Gebühr für Einwegplastik verlangt werden kann. In der Schweiz verbrauchen wir sehr viel mehr Plastik als andere europäische Länder. Davon wird viel nicht recycelt, sondern verbrannt oder exportiert. Einwegprodukte belasten die Umwelt, vor allem durch ihren Ressourcenverbrauch und bei ihrer Verbrennung entsteht CO₂. Für Einwegplastikprodukte gibt es Ersatzprodukte aus erneuerbaren Ressourcen und aus solchen, die weniger umweltschädlich sind. Es geht in erster Linie also nicht darum, die betroffenen Produkte generell zu verbieten, sondern Alternativen einzusetzen, die nicht aus Plastik bestehen und weniger CO₂ verursachen. Die Diskussion zu diesem Postulat kommt gerade rechtzeitig. Die EU hat bereits im März vor zwei Jahren beschlossen, dass Produkte aus Wegwerfplastik verboten gehören. Im Juli 2021 tritt dieses Verbot in Kraft. Plastikgeschirr, -besteck, -strohhalm und -wattestäbchen sind in der EU also bald Geschichte. In der Schweiz haben Städte wie Genf und Neuenburg entweder bereits ein Verbot von Einwegplastik beschlossen oder Anstrengungen unternommen, Einwegplastik im öffentlichen Raum massiv einzudämmen. In der Stadt Zürich gegen Einwegplastik vorzugehen ist natürlich nur ein kleiner Schritt und löst das grosse CO₂-Problem nicht generell. Aber der Verzicht auf Einwegplastik ist ein sehr einfacher Beitrag auf dem Weg zu einer Stadt Zürich mit Netto-Null CO₂-Emissionen.*

Rolf Müller (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 28. August 2019 gestellten Ablehnungsantrag: *Die SVP-Fraktion lehnt dieses Postulat aus den folgenden Überlegungen ab: Auch die SVP-Fraktion nimmt den Umweltschutz ernst. Auch uns ist die Klimaerwärmung nicht egal. Uns stört, dass dies über Verbote und nochmals über Verbote ablaufen soll. Wir sind überzeugt, dass damit nur das Gegenteil erreicht wird. Zudem würde bei einer Annahme die Gewerbefreiheit stark eingeschränkt. Verbote, nochmals Verbote und hohe Gebühren nützen nichts. Der Eingriff in die Wirtschaft über Verbote ist unserer Ansicht nach viel zu massiv. Das zeigt auch die Situation bei durchgeführten Festivitäten. Am Openair Frauenfeld wurde eine hohe Gebühr erhoben, verbunden mit dem Wunsch, dass eine Mehrheit ihre Sachen wieder mitnehmen. Das Gegenteil traf ein: Ganze Zelte sind liegen geblieben. Unserer Meinung*

nach müssen da andere Massnahmen ergriffen werden. Es gibt sicherlich zweckmässige Mittel, um den Verbrauch zu reduzieren. In der EU gibt es Umweltexperten, die das Verbot von Einwegplastik als plumpe Symbolpolitik bezeichnen. Ersatzprodukte sind in ihrer CO₂-Bilanz oftmals schlechter als Einwegplastik. Somit erreicht man aus ökologischer Sicht das Gegenteil des Gewollten. Nehmen wir das Beispiel des Schwing- und Äplerfests in Zug. Dort war Abfall auszumachen, die Sache wurde aber ohne Verbote zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst. Ein weiteres Beispiel ist die gute Nachricht, dass die Stadt Zürich an den Procura+-Awards unter 28 Städten in der Kategorie «nachhaltige Beschaffungsinitiativen» mit dem ersten Preis ausgezeichnet wurde. Sie erhielt diesen Award wegen ihres innovativen und nachhaltigen Einsatzes von Recyclingbeton – RC-Beton – mit CO₂-reduziertem Zement im Hochbau, beziehungsweise wegen der Verwendung von Recyclingasphalt im Strassenbau. Mit solchen Massnahmen erreichen wir viel mehr als mit den verlangten Verboten, um die Stadt Zürich auf dem Weg zu Netto-Null CO₂-Emissionen zu unterstützen. Wir alle können noch besser werden. Auch wir in der SVP-Fraktion sind gerne bereit, aus den Erfahrungen in Genf und Neuenburg zu lernen und dies in der Stadt Zürich erfolgreich umzusetzen. Zusammen werden wir besser, doch können wir nicht mit der Brechstange in so kurzer Zeit alles auf Netto-Null CO₂-Emissionen reduzieren. Auch dafür eine Weisung ausarbeiten zu lassen, die in der Kommission lang und breit diskutiert wird, bringt nichts. Aus den genannten Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Monika Bättschmann (Grüne): Plastik ist berechtigterweise in die Kritik geraten. Nebst dem Unsinn, ein Produkt herzustellen und zu verbrauchen, das grossmehrheitlich aus einem nicht-erneuerbaren Grundstoff hergestellt und schnell wieder verbrannt wird, haben Plastikverpackungen und andere Kunststoffe noch weitere Begleiterscheinungen. Als Mikropartikel befindet sich der Plastik bereits in Gewässer und Luft. Wir trinken die Mikropartikel mit den künstlichen Pestiziden. Dass wir diese Mikropartikel auch mit den anderen Verunreinigungen in der Luft einatmen, macht es auch nicht besser. Ein anderer Punkt ist, dass Plastik in grossen Mengen in die Gewässer gelangt und darum Fisch und Vögel langsam verhungern, weil sie den Abfall mit Nahrung verwechseln oder sich in den grösseren Plastikhinterlassenschaften verheddern. Auch andere Wildtiere, Kühe und Schafe erleiden Schaden durch den sorglosen Umgang von uns Menschen, die ihre Verpackungsabfälle einfach irgendwo auf der Wiese deponieren. In Drittweltländern vermüllen unsere exportierten Plastikverpackungen die Umwelt und belasten das dortige Ökosystem. Auf den unnötigen CO₂-Ausstoss bei der Herstellung und Verbrennung wurde bereits in der Begründung des Postulats hingewiesen. Ich vermute, dass einige hier drin grummeln werden, dass dies nicht unser Problem sei und wir darum in Zürich mit so einem Einwegverbot nichts ausrichten können. Das stimmt nicht: Jeder noch so kleine Schritt trägt zu einer Verbesserung bei und zwingt Hersteller und Verteiler zum Griff nach Verpackungen aus erneuerbaren Grundstoffen und solchen, die die Umwelt weit weniger belasten. Der Versuch der Stadt, Plastik zu sammeln, zeigte auch optisch, dass wir viel zu viel Plastik verbrauchen: Die Sammelstellen waren andauernd überfüllt. Darum danke ich für die Überweisung des Postulats, denn die grösstmögliche Vermeidung von Plastikverpackungen ist der einzig richtige Weg.



Johann Widmer (SVP): Meine Vorrednerin beklagt den Abfall in der Umwelt. Bitte erzieht endlich mal eure Klimajugend, die sollen gefälligst ihren Abfall nach Kundgebungen und Partys wieder mitnehmen. So kommt der Plastik dorthin, wo er hingehört, nämlich in den Abfall und nicht auf die Wiese. Das ist ein typisches «Utopiepostulat», das deutlich zeigt, wie problematisch die politischen Ziele der Grünen sind. An der ETH gab ich vor vielen Jahren eine Vorlesung zum Thema Kunststoff. Ein Student forderte mich provokativ auf, man müsse Kunststoff zu 100 Prozent rezyklieren. Meine Antwort war natürlich, dass dies zu einer Zunahme des weltweiten Kunststoffvolumens führe. Wer diese Aussage nicht versteht, muss sich nicht wundern, denn ich verlange nicht, dass ihr etwas von Kunststoffverarbeitung und -rezyklierung versteht. Dieser Student ist heute Politiker bei den Grünen, verbreitet Utopien, die nicht umsetzbar sind. Genauso ist es mit diesem Postulat. Die Zahlen im Postulat drin sind vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) abgeschrieben. Derjenige, der sie abgeschrieben hat, versteht nicht einmal, was sie bedeuten. Ich gebe zu bedenken: Die Stadt Zürich betreibt ein Fernwärmenetz. Dieses wird hauptsächlich von den Verbrennungsöfen im Hagenholz versorgt. Damit die Verbrennung des Haushaltmülls funktioniert, muss ein Feuer bestehen. Dieses braucht Brennstoff – etwa Kunststoff, der bitter benötigt wird. Ansonsten muss Öl ins Feuer gegeben werden. Kunststoff ist ein hervorragender Brennstoff, der den Siedlungsabfällen einen guten Brennwert gibt: 11,4 Megajoule pro Kilogramm, mit Kunststoff. Ohne Kunststoff sind es nur 8,5 Megajoule. Als Vergleich: 41 Megajoule pro Kilo beträgt der Heizwert des Heizöls. Mit dem Kunststoff im Müll können 100 Millionen Liter kostbares Heizöl in der Schweiz eingespart werden. Die Postulanten sind also für die Verbrennung von Heizöl und den Privaten wollt ihr die Öl- und Gasheizungen verbieten? Ihr Postulanten wollt die Fernwärme also nicht? Wofür haben wir denn die teuren Leitungen zwischen Hagenholz und Josefstrasse verlegt? Wofür bauen wir ein Fernwärmenetz für Hunderte Millionen Franken? Von der Stromproduktion habe ich noch gar nicht gesprochen. Liebe Grüne und linke Politiker: Es ist unlogisch. Es ist ein weiteres Beispiel dafür, wie Umweltideologie das Denken abstellt und die Sicht auf Zusammenhänge vernebelt. Das Problem ist, dass ihr mit solchem Unsinn auch noch durchkommt. Darum geht alles schief, kostet viel Geld und schadet der Umwelt noch viel mehr. Die SVP denkt immer ein wenig weiter, weil wir nicht ideologisch vernebelt sind und Sachpolitik betreiben, die auch etwas nützt. Darum sind solche Postulate abzulehnen.

Walter Anken (SVP): Ich habe im Internet nachgeschaut, wie sich der Plastik, der im Meer herumschwimmt, zusammensetzt. Der grösste Anteil, 22 Prozent, sind Zigarettenstummel. Diese könnten wir durchaus vermeiden. 19 Prozent machen Deckel und Verschlüsse aus. 14 Prozent sind Essverpackungen und nochmals 14 Prozent sind sage und schreibe die Wattestäbchen. Es ist richtig, dass der Einwegplastik der grösste Anteil des Plastikmülls im Meer ausmacht. An den europäischen Stränden liegt er etwa bei 50 Prozent. Die Idee, die Verschmutzung der Weltmeere zu reduzieren, finden wir auch sehr gut und es ist sicherlich notwendig. Wer kennt die Bilder von Schildkröten, aus deren Kopf Strohhalme gezogen werden oder Delfine und Haifische, die in den herumtreibenden Netzen erbärmlich verenden nicht? Die EU hat eine Einwegplastikrichtlinie und solche Strohhalme sind dort verboten. Es wurde aber bereits gesagt: Es gibt Umweltexperten in der EU, die dies als plumpe Symbolpolitik bezeichnen. Alternative Produkte

sind in der Energiebilanz oft wesentlich schlechter in Sachen Energiebilanz. Vor einigen Jahren hatten wir die Diskussion über die Toni-Molkerei mit ihrem Joghurt im Glas und der Migros mit der Pappe. In Sachen CO₂ scheiterte die Toni-Molkerei. Warum? Das Glas muss zurücktransportiert, begutachtet und gereinigt werden. Das Glas ist in dieser Vollkostenrechnung schlechter als die Pappe, die umweltfreundlich verbrannt werden konnte. Alternativen zum Einweggeschirr sind oft beschichtete Pappe oder Aluminium, was alles andere als ökologisch ist. Untersuchungen zur Einwegverpackung zeigten, würde man Alternativen verwenden, würden diese rund 3,6-mal mehr Energie verbrauchen oder den Faktor der Masse um 2,2 steigern. Die CO₂-Bilanz wäre somit negativ und das wollen wir. Die bessere Lösung aus Sicht der SVP ist es, der Industrie Zeit zu geben, um neue Produkte herzustellen. Das achtlose Wegwerfen des Abfalls ist das eigentliche Problem. Den Menschen muss wieder klar werden, dass der Abfall in den Abfalleimer gehört. Hier stehen die Eltern und die Schulen in der Verantwortung. Heikle Produkte müssen besser gekennzeichnet werden, damit sich der Konsument besser orientieren kann. Bessere Aufklärung und Informationen helfen den Menschen mehr als plumpe Verbote. Als ich als Achtjähriger in die Schule ging, füllte unsere Lehrerin ein Glas mit Erde und einem kleinen Plastikbeutel. Sie sagte uns, wir würden sehen, wie der Plastik aussehen wird, wenn wir die dritte Klasse erreichen. Bis zum heutigen Tag habe ich dieses rote Plastikstück nicht vergessen. Warum? Weil ich als kleiner Junge gelernt habe, dass Plastik in der Erde nicht so schnell verfault. Im Emmental mussten wir in unserer Schulzeit jeweils an zwei Tagen die Wochen Abfall einsammeln. Das war für mich die beste Schule. Darum lehnt die SVP dieses gut gemeinte Postulat ab.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Bevor ich mich mit dem Inhalt des Postulats auseinandersetze, möchte ich eine formale Kritik an das Büro, beziehungsweise der Geschäftsleitung anbringen. Es geht um die Form, die die einreichenden beiden Fraktionen und die parlamentarische Gruppe für dieses Anliegen gewählt haben. Dieses Postulat fordert nämlich keinen Bericht oder Überprüfung eines Sachverhalts, wie das gemäss Art. 74 in der alten oder Art. 93 in der neuen Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) verlangt wird. Es beauftragt den Stadtrat mit der Ausarbeitung einer Weisung zur Anpassung rechtlicher Grundlagen, damit ein Verbot, beziehungsweise eine Besteuerung innerhalb der Stadtgrenzen durchgesetzt werden können. Das ist eine Formulierung, die wir ansonsten in Motionen vorfinden. Gleichwohl ist das Anliegen gemäss Art. 68 in der alten, beziehungsweise Art. 90 in der neuen GeschO GR nicht motionabel, da die angestrebte Änderung kaum in stadträtlicher Kompetenz liegen dürfte. So wurden die Postulantinnen und Postulanten kreativ und erfanden eine neue Vorstossform: das «Mostulat», beziehungsweise die «Potion». Mir soll das alles Recht sein, ich bin ein Freund aussergewöhnlicher Lösungen für nicht wegzukriegende Probleme. Ich möchte an dieser Stelle aber alle daran erinnern, dass das Büro, beziehungsweise die Geschäftsleitung einen meiner Vorstösse aus formalen Gründen zurückwies, weil ich mich traute, zwecks Sichtbarmachung der Geschlechterdiversität, den Gender-Underline zu verwenden. Mit diesem Formfehler konnte die damalige Geschäftsleitung nicht leben und die Sache dementsprechend sanktioniert. Ich frage mich, wo die disziplinarische Kraft, die Ezgi Akyol (AL) und ich damals zu spüren bekamen, in diesem Fall bleibt. Offensichtlich gilt auch in diesem Rat die Orwellsche Wahrheit, dass alle Tiere gleich, manche jedoch

gleicher sind, wenn sie in der richtigen Fraktion sitzen oder die richtigen Themen ansprechen, so dass ihnen auch groteske Formfehler verziehen werden. Keine Angst, ich mache aus meinem Herz nun keine legalistische Mördergrube. Ich beglückwünsche allen, die der normierenden Gewalt der Geschäftsleitung entkommen konnten, möge sie uns alle irgendwann in Ruhe lassen. Das nur nebenbei, denn das Hauptziel dieses Vorstosses wird von der AL nämlich unterstützt. Auch wir möchten den Konsum von Einwegplastik aufs Minimum reduzieren. Das ist – wie die Postulantinnen und Postulanten selbst schreiben – ein weiterer Schritt in Richtung Netto-Null-Ziel. Zusätzlich trägt der Abbau des aktuellen Plastiktsunami zum Schutz unserer Meere und Ozeane bei, was mir als Mittelmeermensch ebenfalls sehr wichtig ist. Die Frage ist also nicht ob, sondern wie und vor allem wie schnell wir dieses Problem lösen werden können. In der Vergangenheit besprachen wir dementsprechend in diesem Rat verschiedene Lösungsansätze. Mehrere Vorstösse – auch seitens der AL – beschäftigten sich mit der Förderung von Recyclingmassnahmen. Paradoxiert wurde unser Vorstoss zur Verbesserung der PET-Rückgewinnung von zwei der nun vorstössigen Fraktionen abgelehnt, nämlich von den Grünen und der Parlamentsgruppe EVP – und auch von der SVP, die sich nun wegen der Prohibition aufregt. Man betitelte unsere Idee als systemfremd. Zürich könne nicht einfach so vor sich her wursteln – ganz im Gegenteil zum heute verlangten, isolierten Plastikverbot, beziehungsweise Plastiksteuer, die sich offensichtlich problemlos in unser System einfügen lässt. Auch da sehen wir: Stammt die Idee aus der eigenen Küche, lässt man jede Kritikfähigkeit fahren, so dass jedes formaljuristische Problem zur Petitesse verkommt. Sollte der Vorstoss überwiesen werden, sehen manche unserer Fraktionsmitglieder weitere Komplikationen auf uns zukommen. Erstens: Aus Recyclingperspektive ist Plastik nicht in jedem Fall die schlechteste Verpackungsvariante. Jegliche Verordnung muss dementsprechend Abwägungen durchführen und die Ausnahmen zum Totalverbot mitdenken. Diese zu formulieren und vor allem durchzusetzen ist eine byzantinische Aufgabe, die keine Stadtverwaltung ohne den Aufbau eines riesigen Kontrollapparats bewältigen kann. Zweitens: Ein Plastik-Totalverbot dürfte die Durchführung sozialer Anlässe massiv verkomplizieren. Uns ist es bewusst, dass es bereits heute Quartierfeste gibt, die auf Plastik verzichten. Man kann jedoch – bei allem Respekt – die Grösse und Organisation des Quartierfests im Niederdorf nicht mit dem 1.-Mai-Fest vergleichen. Drittens: Die vorgeschlagene Massnahme packt das Problem nicht an der Wurzel an. Plastik stellt nämlich nur die Materialisierung unserer Wegwerfmentalität dar. Es radikal zu verbieten, wirkt wie eine Beruhigungstablette; schnell und entspannend. Solche Tabletten führen jedoch nicht zur Lösung des Problems, wenn das Grundproblem nicht zusätzlich am richtigen Ort – nämlich in Bundesbern – in der richtigen Form – mittels Verfassungs- oder Gesetzesänderungen – und zur richtigen Zeit – am liebsten Vorgestern – anpackt. Aufgrund all dieser Überlegungen ist die AL im Freigang. Manche Fraktionsmitglieder hegen die Hoffnung, dass der Vorstoss doch noch zu strukturellen Änderungen führt, andere sind skeptischer und sehen mehr die erwähnten Nachteile. Dementsprechend bunt wird unsere Abstimmungstafel aussehen.

Samuel Balsiger (SVP): Ich und meine Ratskollegen sahen schon mehrmals beim nach vorne Gehen nach langen Sitzungen auf der linken Seite einen bis an den Rand mit PET-Flaschen gefüllten Abfallbehälter. Selbst diese paar Meter, die der PET-Behälter entfernt ist, scheinen einigen Linken in diesem Ratssaal zu viel Aufwand. Und

so werfen sie die eigentlich recyclebaren PET-Flaschen lieber in den Abfall. Es ist kurios, dass diese linken Gutmenschen überhaupt zu einer Plastikflasche greifen. Warum nehmen Sie nicht von Zuhause eine Glasflasche mit der benötigten Wassermenge mit? Warum nehmen Sie nicht eine leere Flasche und füllen diese hier auf der Toilette? Praktisch auf jedem linken Pult steht eine Plastikflasche. Fast nirgends steht eine Mehrwegflasche. Sie erzählen und fordern etwas, das sie selbst nicht einhalten. Überlegen Sie, was es für eine Wohlstandsgesellschaft bedeuten würde, müsste man überall mit seinem Fläschchen, Löffelchen und Schälchen herumgehen. Wäre das am Schlüsselbund befestigt? Oder an der Hose? Und wenn ich in den Coop gehe, würde ich meine Schlüssel hervornehmen und meinen Salat darin abfüllen? Das funktioniert doch gar nicht. Der Beweis ist, dass auf praktisch jedem Pult von Ihnen eine Plastikflasche steht. Selbst wenn Sie jetzt nach meiner Rede die Flasche recyceln, statt sie in den Abfall zu werfen, verbraucht der Recyclingvorgang CO². Es ist erbärmlich, dass Sie hier vorne hochnäsiger von einer besseren Welt fantasieren, aber schau ich auf ihre Seite, steht auf Ihren Tischen überall Plastikabfall.

Ernst Danner (EVP): *Das Votum von Samuel Balsiger (SVP) hat mich motiviert, meinen heutigen Konsum offenzulegen. Bei mir sind es bereits zwei PET-Flaschen. Bis 22 Uhr wird mindestens nochmals eine hinzukommen. Es sind also drei Flaschen. Ist das jetzt Einwegplastik, wenn wir es recyceln? Man müsste ein Pfand darauf erheben, damit die Rückgabe ins Geschäft mit den etwa 20 Rappen motiviert würde. So wäre es garantiert nicht Einweg und ich würde dies begrüßen. Wenn die SVP dabei hilft, entsprechende Vorstösse zu formulieren, machen wir sofort mit. So würde die Rücklaufquote dieser Flaschen erhöht werden. Als wir diesen Vorstoss unterschrieben, dachten wir aber nicht an PET, weil dieses retourniert und nicht im Hagenholz verbrannt wird. Es geht um jene Plastikbehälter, die schlussendlich auf der Wiese, im Strassenrand oder – im besseren Fall – im Abfall liegen. Dies ist ein Problem, denn es handelt sich um sehr grosse Mengen. Seitens der EVP sind wir der Meinung, dass da etwas unternommen werden muss, weshalb wir den Vorstoss mitunterzeichneten. Allerdings muss ich Dr. David Garcia Nuñez (AL) Recht geben. Wir sind nicht 100-prozentig konsequent, wenn wir hier unterschreiben. Der Form nach handelt es sich um eine Motion, die in der Form eines Postulats eingereicht wurde. Das liesse sich leicht beheben, schriebe man «der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob er eine Weisung machen wolle». Das ist ein Detail. Heikler ist: Wir sind auch der Meinung, dass die Stadt nur sehr limitierte Kompetenzen hat, hier zu handeln. In der Regel geben wir uns Mühe, nur einigermaßen realistische Vorstösse einzureichen oder mitzuunterzeichnen. Dieser ist am untersten Limit davon, was die Stadt noch machen kann. Wird er aber überwiesen, hat der Stadtrat den Auftrag, zu schauen, was gemacht werden kann, was der Bund machen kann und wie wir als Stadt daraufhin wirken können, dass auf höherer Ebene etwas unternommen wird. Es hat meistens gesamtschweizerisch eine Auswirkung, wenn Zürich so etwas unternimmt. Darum bitte ich Sie, dem zuzustimmen.*

Elisabeth Schoch (FDP): *Auch die FDP hat Sympathien für den Verzicht auf Einwegplastik, nicht aber für ein generelles Verbot und für höhere Gebühren. Bereits beim Postulat GR Nr. 2019/559, das in eine ähnliche Richtung geht, hatten wir Mühe mit der absoluten Formulierung von «keine Einwegplastikprodukte». Wir denken dabei auch an*

sterile und hygienische Verpackungen von Produkten, wie beispielsweise im Spitalbereich. Dort gibt es momentan noch nicht viele Alternativprodukte. Weiter sind wir auch der Meinung, dass der Vorstoss zu Unzeiten kommt, weil die Wirtschaft genügend gebeutelt ist, weil sie zu Einweggeschirr gezwungen wird. Im Rahmen der Corona-Pandemie wurde eine richtiggehende Wegwerfeschlacht inszeniert. Auch die Industrie ist intensiv daran, den Abfall zu reduzieren und Recyclingangebote zu ermöglichen. Ein generelles Verbot auf dem Gebiet der Stadt Zürich und somit eine weitere Belastung von Detailhandel und Gastgewerbe lehnen wir deshalb konsequent ab. Auch haben wir grosse Bedenken bezüglich der Umsetzbarkeit. Wir werden diesem Postulat also nicht zustimmen.

Martina Novak (GLP): *Es ist eindrücklich, wie viele Gebrauchsartikel unseres Alltags aus Plastik bestehen: Wattestäbchen, Plastiktüten und -verpackungen und so weiter. Es erstaunt darum nicht, dass die Schweiz einen pro Kopf sehr hohen Kunststoffverbrauch hat. Gleichzeitig ist ein Grossteil der Kunststoffabfälle unserer Haushaltungen nicht rezyklierbar. Die grossen Plastikmengen sind für unsere Umwelt eine grosse Herausforderung. Es gibt aber Bereiche, in denen Einwegplastik bereits heute durch nachhaltigere Alternativen ersetzt werden kann; etwa Verpackungsmaterial in Läden oder das Geschirr und Besteck im Take-Away. In anderen Bereichen, wie der Medizin, gestaltet sich der Ersatz teilweise noch schwierig. Gerade darum ist es wichtig, die Entwicklung von Ersatzprodukten voranzutreiben – ganz im Sinne einer Stärkung von Wertstoffkreisläufen. Aus diesem Grund unterstützen wir von der GLP das Postulat. Es braucht Rahmenbedingungen, die den Ersatz von Einwegplastik durch Alternativen voranbringen, die die Umwelt weniger belasten oder aus erneuerbaren, abbaubaren oder wiederverwendbaren Materialien bestehen. Andere Städte und Regionen sind uns in diesem Bereich teilweise schon sehr weit voraus. Wir würden die Prüfung von Anreizmodellen neben Verboten begrüssen, so dass möglichst viele Bereiche mit auf den Weg gebracht werden können. Ein spezifisches Beispiel, das zeigt, dass Lenkungsabgaben in diesem Bereich funktionieren können, sind Plastiktüten im Detailhandel. Wir erinnern uns: 2016 wurde im Detail eine Mini-Gebühr auf Plastiktüten eingeführt. Die Nachfrage sank in der Folge um 80 Prozent. Wir denken, dass solche Modelle auch grössere Anreize für die Entwicklung von Alternativen zu Einwegplastik bieten können. So werden mehr und mehr kreislauffähige Produkte in den Umlauf kommen und der Umstieg auf Alternativen kann beschleunigt stattfinden.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Gegen den gesunden Menschenverstand ist nichts einzuwenden und wenn man Einwegplastik vermeiden kann, mache ich das aus reiner Vernunft auch. Ich trinke lieber aus Gläsern statt aus Bechern. Walter Anken (SVP) sagte es: Die Probleme mit den Tieren im Meer nehmen überhand. Das ist klar. Ob die Gebühr von fünf Rappen tatsächlich den Verbrauch von Plastiksäcken um 80 Prozent einbrechen liess, ist vielleicht etwas optimistisch. Ich verwende auch keine Plastiksäcke, wenn es sich vermeiden lässt. Aber bei Spontaneinkäufen in der Migros kann ich die Einkäufe auch nicht einfach lose auf dem Arm tragen. Das Postulat ist also wieder einmal gut gemeint, es ist aber auch Teil der Verbotszwängerei, die um sich greift. Sollte man hier nicht mehr auf den gesunden Menschenverstand setzen? Muss man den Leuten gegenüber wirklich so misstrauisch sein, damit sie vernünftig reagieren? Und wenn*

sie es tun, braucht es so ein Postulat eigentlich auch nicht. Es rennt eigentlich offene Türen ein.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Es ist klar: wir produzieren insgesamt zu viel Abfall und zu viel Plastikabfall. In der Stadt Zürich entstehen durch die Verbrennung von Plastik 200 000 Tonnen CO₂ pro Jahr – das sind ca. 4 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen. 4 Prozent ist nicht der ganz grosse Hebel zur Erreichung von Netto-Null, aber es sind immerhin 4 Prozent, die auch ein Potenzial ausmachen. Dem Stadtrat ist die Förderung der Kreislaufwirtschaft wichtig und wir leiten entsprechend viele Massnahmen diesbezüglich ein. Abfälle sollen reduziert und wo immer möglich in einen geschlossenen Kreislauf überführt werden. Und betreffend die Ängste, man habe dann zu wenig Abfälle für die Fernwärme kann ich Sie beruhigen: Es sind in den nächsten Jahrzehnten mit Sicherheit genügend Abfälle vorhanden, damit die sinnvolle Fernwärme funktioniert. ERZ (Entsorgung + Recycling) führte 2020 in Höngg und Schwamendingen einen Test in Sachen Recycling durch. Die Erkenntnisse waren beeindruckend. Wir wurden quasi mit Abfallrecycling überschwemmt. Die Bevölkerung ist durchaus bereit, den Abfall so zu recyceln, wie es sinnvoll ist. Wir haben also zwei Themen: Wir verwenden zu viel Plastik und das Thema der Kreislaufwirtschaft. Der Stadtrat wird im Rahmen der Beantwortung dieses Postulats prüfen und aufzeigen, wie man eine flächendeckende und effiziente Lösung sicherstellen kann, wenn man von Entsorgung und Kreislaufwirtschaft spricht. Dies entweder durch eine eigene Leistungserbringung oder durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit privaten Anbietern. Wir müssen uns also überlegen, wo wir Handlungsmöglichkeiten als Stadt Zürich haben. Es gibt andere Städte wie Genf. Es gibt aber auch Städte wie Bern, Biel oder Burgdorf, wo gewisse Einschränkungen bestehen. Da spricht man vor allem von Einwegplastik im öffentlichen Raum. St. Gallen schreibt die Verwendung von Mehrwegbechern bei Veranstaltungen mit mehr als 500 Besuchern vor. Betrachtet man dies, haben wir den grössten Hebel bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum. Dort sehen wir durchaus Möglichkeiten für gewisse Anreizsysteme, um die Menge des Verbrauchs auf der einen Seite runterzubringen und auf der anderen Seite für das richtige Entsorgen und Recyclen. Diese Anreizsysteme prüfen wir sehr gerne, wie auch weitere Massnahmen. Es ist aber auch klar, dass wir diese 4 Prozent der heutigen CO₂-Emissionen selbst auf null runterbringen können. Dafür braucht es tatsächlich den Kanton und den Bund, die mit entsprechenden Massnahmen unterstützen. In diesem Sinne bin ich gerne bereit, das Postulat entgegenzunehmen.*

Das Postulat wird mit 76 gegen 34 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

9 / 9

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat